

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Rotter hat natürlich recht, wenn er fordert, der Kostenexplosion im Wohnungsbau Einhalt zu gebieten.

Der Bayerische Städtetag hat zuletzt 2013 den berühmten Satz von Bundespräsident Theodor Heuss "Ohne Städte ist kein Staat zu machen" zum Leitmotiv seiner jährlichen Zusammenkunft gemacht und seinen Forderungskatalog an Bund und Land mit diesem Satz überschrieben. Er hat in diesem Zusammenhang seinerzeit auch die Mietpreisbremse gefordert. Und er hat das Land ganz gezielt aufgefordert, die Städte bei der Erstellung von Mietspiegeln fachlich und finanziell zu unterstützen. Die Notwendigkeit von Mietspiegeln, Herr Kollege Westphal, ist doch unbestritten. Ich hätte von Ihnen nicht ein solches juristisches Geschwurbel erwartet, sondern mir eine klare politische Aussage gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auch nicht gesagt, wie wir die Kommunen dabei unterstützen können. Ohne diese Unterstützung werden es nur die großen und finanzkräftigen Kommunen schaffen, einen Mietspiegel zu erstellen, der für die Umsetzung der Mietpreisbremse letztlich die Basis ist.

Mittlere und kleine Kommunen werden außen vor bleiben, weil ihre Verwaltungen über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen nicht verfügen und sich den "Einkauf" eines Mietpreisspiegels nicht leisten können. Es geht hier nicht um den politischen Willen, nicht um das Wollen, sondern um die tatsächliche Fähigkeit zur Umsetzung. Es geht also um das Können.

Die Mietpreisbremse darf im Interesse der Bürger, der Mieter und Vermieter nicht an den Kosten des erforderlichen Verwaltungsaufwands scheitern. Ich gehe davon aus, dass wir uns zumindest in den Fraktionen, die die Koalition in Berlin tragen und die Mietpreisbremse einvernehmlich auf den Weg gebracht haben, einig sind. Da können Sie, Herr Kollege Glauber, sich noch so sehr echauffieren.

Die Kommunen stehen nun in der Pflicht, Mietspiegel zu erstellen. Sie lassen sich in diese Pflicht nehmen, weil sie die hohe Bedeutung bezahlbaren Wohnraums für ihre Zukunftsfähigkeit durchaus einzuschätzen wissen. Aber sie dürfen nicht allein gelassen werden. Daher brauchen sie die finanzielle und fachliche Unterstützung des Freistaats.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich in der Rednerliste fortfahre, darf ich Gäste auf der Ehrentribüne begrüßen. Ich begrüße Sie, Herr Bischof Apolo aus Ägypten. In Ihrer Begleitung ist der Pater Abuna Deuscoros EL Antony. Sind Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Anlass Ihres Besuches ist es, uns die Situation der koptischen Kirche in Ägypten in Gesprächen nahezubringen. Wir wünschen Ihnen gute Gespräche und einen guten Aufenthalt. Die guten Wünsche des Hohen Hauses begleiten Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf nun in der Rednerliste fortfahren: Frau Kollegin Petra Guttenberger für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstelle, dass jedem hier im Raum bewusst ist, dass Mieterschutz wichtig ist. Da brauchen wir dann auch nicht den Hinweis, dass die meisten in Miete wohnen; denn das ist wirklich jeder und jedem hier in diesem Hohen Hause bewusst.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssen Sie aber das politische Handeln daran ausrichten, Frau Kollegin! Das ist der entscheidende Punkt!)

Allerdings bin ich doch etwas überrascht, dass hier immer wieder durch Formulierungen der Eindruck erweckt wird, man würde sich darum nicht kümmern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der drängt sich auf!)

Wie war der Spruch, Herr Mistol? Man beschränke sich auf Aussagen? – Das ist schlicht falsch. Ich begrüße ausdrücklich, dass die SPD inzwischen den Titel ihrer Aktuellen Stunde so umformuliert hat, dass sie auf solider Datenbasis eine Mietpreisbremse schaffen will. Das war vorher nämlich nicht so angesagt. Wenn ich nur einmal an Ihren Antrag erinnern darf mit der schönen Nummer 17/5650. Da wählten Sie noch die Formulierung: "Mietpreisbremse ohne Verzug umsetzen!" Sie wollten keine weiteren Daten abwarten. Jetzt hingegen diskutieren Sie auf der Basis unseres Antrags 17/5670, in dem es heißt: "Mietpreisbremse unverzüglich, aber auf solider Datengrundlage umsetzen!"

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo ist der Widerspruch?)